



Solidarität mit der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« Beschluss der LJR-Vollversammlung

Der Landesjugendring Hamburg solidarisiert sich mit der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« und unterstützt ihre Forderung nach Umsetzung des §23 Aufenthaltsgesetz nach einem gesicherten Aufenthalt aus humanitären Gründen. Ferner lehnen wir, der LJR Hamburg, die diskriminierenden Kontrollen seitens der Polizei gegen Menschen, die allein aufgrund ihrer Hautfarbe in einen Zusammenhang mit der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« gebracht werden, ab.

Der Landesjugendring Hamburg fordert den Hamburger Senat auf, schnellstmöglich konstruktive Gespräche mit der Gruppe mit dem Ziel zu führen, den Menschen dieser Gruppe einen Aufenthaltsstatus mit langfristiger Perspektive inklusive einer Arbeitserlaubnis zu garantieren. Ziel der Gespräche darf nicht die Abschiebung der Menschen sein.

Mehrheitlich beschlossen auf der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg am 31. Oktober 2013

Der Landesjugendring im Profil

Im Landesjugendring Hamburg e.V. sind auf Landesebene tätige Jugendverbände und Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, um das selbstbestimmte, kreative und gemeinsame Handeln von Kindern und Jugendlichen in Hamburg zu fördern.

Der Landesjugendring vertritt die **Interessen junger Menschen, von 17 Mitgliedsverbänden, vier assoziierten Organisationen und über 200.000 verbandlich aktiven Jugendlichen** in der Öffentlichkeit – insbesondere gegenüber dem Senat, der Bürgerschaft, den Parteien, den Bezirksversammlungen und Behörden. Der LJR ist Organ und Ausdruck der demokratischen Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Hamburg. Höchstes Entscheidungsgremium ist die mindestens zweimal jährlich stattfindende **Vollversammlung**. Der Vorstand repräsentiert die Vielfalt der Verbände.

Der Landesjugendring nimmt Einfluss auf die Entwicklung der **Jugendpolitik** und Jugendarbeit sowie der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, indem er zu jugend-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen Stellung bezieht und Aktivitäten entfaltet.

Zu den regelmäßig durchgeführten Aktivitäten des Landesjugendrings gehören die seit 1978 erfolgreichen **Alternativen Stadtrundfahrten** zu den Stätten der Verfolgung und des Widerstandes im Nationalsozialismus sowie **Kurse für Jugendleiter/innen**.

Von September 2013 bis August 2016 führt der Landesjugendring Hamburg gemeinsam mit dem Landesjugendring Berlin das **Modellprojekt »Partizipation – Bildung – Integration**, Integration von Migrant/-innenjugendselbstorganisationen (MJSO) in Jugendverbandsstrukturen und Interkulturelle

Öffnung der Jugendverbände« durch. Weitere Informationen dazu sind auf der Website des LJR veröffentlicht.

Publizistisch ist der Landesjugendring mit der Zeitschrift **punktum** aktiv. punktum berichtet kritisch aus der Lebenswelt Hamburger Jugendlicher und über die Aktivitäten der Jugendverbände. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 2.500 Exemplaren und erreicht Multiplikator/innen und Jugendliche in den Verbänden sowie alle relevanten Organisationen in Hamburg.

Die Website des Landesjugendringes www.ljr-hh.de ist das Portal verbandlicher Jugendarbeit in Hamburg. Der Internetauftritt umfasst aktuelle Informationen über die Hamburger Jugendverbände, über Jugendpolitik sowie Aktivitäten des Landesjugendringes. Im Serviceteil finden sich detaillierte Materialien zur Jugendverbandsarbeit, zu Rechts- und Förderungsfragen sowie Hintergrundinformationen. Alternative Stadtrundfahrten und Kurse des Landesjugendringes können zudem online gebucht werden.

Im Bereich **internationaler Jugendarbeit** unterhält der Landesjugendring Hamburg u.a. intensive Kontakte zum Runden Tisch in Sankt Petersburg (Russland).

Der LJR verfolgt seine Ziele mit dem Themencluster **Partizipation, Integration und außerschulischer Bildung**, die er mit einer Kombination aus gesellschaftspolitischer Themenanwaltschaft (im Sinne von advocacy) und praktischer Arbeit erreichen will. Das vielfältige ehrenamtliche Engagement junger Menschen betrachtet der Landesjugendring als Basis, um die Zukunft einer sozialen und demokratischen Gesellschaft zu sichern.